



Allgemeine Informationen

Die "Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament" ist aktuell die zweitgrößte Fraktion im Europäischen Parlament. Sie stellt 145 Abgeordnete aus 26 Staaten.

Die Fraktion setzt sich aus Mitgliedern der "Sozialdemokratischen Partei Europas", wo u.a. die Sozialdemokratische Partei Deutschland" (SPD) Mitglied ist, und unabhängigen nationalen Parteien zusammen. Aktuelle Fraktionsvorsitzende ist Iratxe García Pérez ("Partido Socialista Obrero Español", Spanien)

Grundüberzeugungen

Die Grundüberzeugungen der S&D-Fraktion sind Sozialdemokratie und Progressivismus.

Unser Ziel ist eine gerechtere Gesellschaft mit nachhaltiger Lebensweise, wir stehen für Generationengerechtigkeit und Solidarität.

Besonders am Herzen liegen uns die Themen soziale Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Klimaschutz, und gesellschaftliche Diversität ohne Diskriminierungen aufgrund von Geschlecht, Sexualität, Hautfarbe, Nationalität oder Religion.

Fraktion

S&D (Progressive Allianz der Sozialdemokraten)




im Europäischen Parlament

Größe: 145 Abgeordnete bzw. 20,6% der Sitze

Fraktionsvorsitzender:
Iratxe García Pérez

auf der SimEP 2022

Größe: 28 Abgeordnete bzw. 24% der Sitze

Fraktionsvorsitzende:
Neele Heinke 

Internetseite:
www.socialistsanddemocrats.eu

Integration und Gleichstellung von Migrant*innen in der EU [EMPL, CULT]

Für uns Sozialdemokrat*innen hat die Beseitigung gesellschaftlicher Ungleichheiten oberste Priorität, dazu gehört auch die Integration und Gleichstellung von Migrant*innen.

In der Vergangenheit wurden dabei viele Fehler gemacht, Menschen wurden nicht mit der ihnen zustehenden Würde behandelt.

Wir setzen uns dafür ein, dass sich dies schnellstmöglich ändert. Europa muss ein Ort werden, an dem alle schutzbedürftigen Menschen solidarisch aufgenommen werden. Besonders muss auf stärker gefährdete Personengruppen wie z. B. Kinder geachtet werden. Ziel ist es, dass Migrant*innen als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft akzeptiert werden, ggf. mit der Aussicht auf Einbürgerung.

Eine Zwei-Klassen-Gesellschaft muss auf alle Fälle verhindert und Diskriminierung jeglicher Art muss entschieden entgegnet werden.

Insgesamt sollte die Integration nachhaltig und langfristig angelegt sein. Vor allem die Öffnung des Arbeitsmarktes erlangt hier an enormer Bedeutung. Auch Bildungsangebote und der interreligiöse Dialog sind sehr wichtig.



Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU [LIBE]

Jede*r Geflüchtete muss in Europa Schutz finden. Wir Sozialdemokrat*innen stehen für Solidarität, weshalb die katastrophalen Zustände in Flüchtlingslagern, wie in Moria, nicht haltbar sind. Die Menschenrechte müssen auf alle Fälle gewahrt werden!

Die Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU sollte ebenfalls solidarisch allen Mitgliedstaaten gegenüber ablaufen. Das ist bei der Dublin-Verordnung nicht der Fall.

Diese Last ist einigen wenigen Mitgliedstaaten nicht mehr zuzumuten, weshalb wir für mehr Gerechtigkeit und Entlastung sorgen möchten. Eine Europäisierung des Asylverfahrens muss dafür in Betracht gezogen werden. Asyl soll also nicht mehr in einem konkreten Staat, sondern in der EU als Ganzes beantragt werden.

Das Kriterium des Ersteinreiselandes ist überholt. Bei dem Ziel der dauerhaften Integration von Migrant*innen darf niemand allein gelassen und überfordert werden. Ein zentrales Zuweisungssystem wäre somit für EU-Staaten und Migrant*innen vorteilhaft.

Prävention von Migrationsbewegungen in die EU [DEVE]

Die von uns geforderte Solidarität muss ebenfalls für Drittstaaten gelten, deshalb müssen diese, oft auch ärmeren, Staaten mit z. B. humanitärer oder finanzieller Hilfe unterstützt werden. Keinesfalls jedoch darf "das Problem ausgelagert werden".

Daher befürworten wir auch den Einsatz von Hard Power, wie beispielsweise militärische Einsätze zur Friedenssicherung.

Es müssen insbesondere die Fluchtursachen der jeweiligen Herkunftsorte der Geflüchteten bekämpft werden. Dabei darf keinesfalls pauschalisiert, vielmehr müssen spezifische, individuelle Ansätze entwickelt werden, um Bildungsangebote zu schaffen, die Infrastruktur zu verbessern und die örtliche Wirtschaft zu stärken.

Das erfordert eine Zusammenarbeit mit lokalen, regionalen und internationalen Organisationen.

Es bedarf des Weiteren einer neuen Politik bezüglich der Rohstoffgewinnung, damit Entwicklungsländer nicht weiter ausgenutzt werden. Dafür müssen auch Unternehmen in die Verantwortung gezogen werden.

Zudem bekommt die Bekämpfung des Klimawandels in diesem Zusammenhang neue Bedeutung, um das Klima keine Fluchtursache werden zu lassen.

Quellen

Website der S&D-Fraktion: <https://www.socialistsanddemocrats.eu/>

Positionspapier der S&D-Fraktion zu Migration und Asyl:

https://www.socialistsanddemocrats.eu/sites/default/files/position_paper/Migration%20and%20asylum%20position%20paper%20de%20160713%20template%20final%20version.pdf